

PRESSEMITTEILUNG #390 –13.07.2022

Birte Pauls:

Tarifflicht in der Pflegebranche ist ein Schritt in die richtige Richtung!

Zur aktuellen Diskussion über die Tarifflicht in der Pflegebranche erklärt die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls:

„Dass Pflegeberufe attraktiver werden müssen, ist nicht zuletzt aufgrund der enormen Herausforderungen, die wegen des demografischen Wandels in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auf uns zu kommen werden, breiter gesellschaftlicher Konsens. Ein geeignetes Mittel dafür ist die Verbesserung der Lohnstrukturen. Ein gutes Gehalt kann nicht nur für junge Menschen, die einen Pflegeberuf erlernen möchten, interessant sein. Durch verbesserte Vergütungsstrukturen können unter Umständen auch Beschäftigte länger im Beruf gehalten werden, wenn sie zusätzlich bessere Rahmenbedingungen erhalten, die ihnen ermöglichen, ihren fachlichen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die Bedeutung von guter Bezahlung in der Pflegebranche kann also gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es geht bei der sogenannten Tarifflicht aber nicht rein ums Geld, sondern es ist darüber hinaus auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, der wir damit nachkommen!

Ganz selbstverständlich werden unsere Kinder von Lehrkräften als Beamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes mit den dazugehörigen einheitlichen Lohnstrukturen unterrichtet. Niemand mag sich vorstellen, dass der Markt allein darüber entscheidet, welche Chancen und Bildungsmöglichkeiten unsere Kinder und Jugendlichen eröffnet bekommen. Warum also überlassen wir die Pflege und Versorgung kranker und älterer Menschen dem freien Markt? Selbstverständlich müssen Pflegedienste Geld verdienen. Die Versorgung ist gefährdet, wenn Pflegedienste jetzt Insolvenz anmelden müssen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie versorgt werden – egal wo sie wohnen. Das müssen das Land und die Kassen gewährleisten. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass Pflegekräfte nach Tarif entlohnt werden müssen! Die pflegerische Versorgung darf keine Frage des Geldes sein! Wahrscheinlich müssen wir uns die Systemfrage stellen: Gehört die pflegerische Versorgung in private Hände oder sollte sie nicht doch besser ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein?“